



SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
DER PARTEIVORSTAND

SPD-Parteivorstand, Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin

WPS 140
BEVKi Bundeselternvertretung der Kinder in
Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege

Berlin, 29 Juni 2017

Frage 1:

Wir wollen, dass alle Eltern einen Kitaplatz finden, wenn sie einen suchen. Was kann der Bund tun, um die Länder und Kommunen dabei zu unterstützen Kitas in ausreichender Zahl zur Verfügung zu stellen?

Antwort:

Wir wollen auch künftig in ein ausreichendes Angebot an Krippen, Kitas, Kindertagespflege, Horten und Ganztagschulen investieren und zusätzliche Plätze für alle Kinder schaffen. Gerade kürzlich haben wir ein neues Investitionsprogramm auf den Weg gebracht, mit dem der Bund 1,2 Milliarden Euro für 100.000 neue Kita-Plätze zur Verfügung stellt. Diesen Weg wollen wir weitergehen. Weil die Nachfrage der Eltern weiter steigt. Weil erfreulich viele Kinder geboren werden. Und weil für geflüchtete Kinder im Kita-Alter Integration in die deutsche Gesellschaft vor allem heißt: schnelle Integration in eine Kindertageseinrichtung.

Frage 2:

Es gibt einen Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz ab eins. Was können Eltern tun, wenn sie keinen Platz zum 1. Geburtstag gefunden haben?

Antwort:

Wir haben durchgesetzt, dass seit 1. August 2013 jedes Kind ab dem vollendeten ersten Lebensjahr einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz in einer Kita oder bei einer Tagesmutter hat. Zugleich wurden mit dem Kinderförderungsgesetz die Finanzhilfen des Bundes zum Ausbau der Kindertagesbetreuung geregelt. Eltern, die trotz des erheblichen Platzausbaus zum Wunschtermin keinen Betreuungsplatz für ihr Kleinkind bekommen und deshalb erst später arbeiten gehen können, haben nach BGH-Rechtsprechung grundsätzlich Anspruch auf Schadenersatz. Bislang gab es jedoch bundesweit nur vereinzelt entsprechende Versorgungsengpässe mit anschließenden Klagen. Wir werden uns auch weiterhin für einen bedarfsgerechten Ausbau des Bildungs- und Betreuungsangebots mit finanzieller Unterstützung des Bundes einsetzen.

Frage 3:

Einen Kitaplatz zu haben ist wichtig, das reicht Eltern aber oft nicht aus. Sie wollen einen guten Kitaplatz für ihr Kind. Welche konkreten Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um die Qualität in den Kitas zu verbessern?

Antwort:

Wir werden die Qualität von Kitas mit einem bundesweiten Gesetz und mit finanzieller Unterstützung des Bundes steigern. Zu den Qualitätszielen, die Teil dieses Gesetzes sein sollen, gehören für uns neben mehr und besser ausgebildeten Fachkräften sowie besser ausgestatteten Räumen auch eine gesunde Ernährung für Kinder in Krippen, Kitas, Horten und Ganztagschulen – und dass auch tatsächlich alle Kinder daran teilhaben können.

Frage 4:

Gehört aus Ihrer Sicht ein kostenloses Mittagessen zu einer guten Kita dazu?

Antwort:

Eine gesunde Ernährung gehört für uns zu den zentralen Zielen bei der Qualitätsentwicklung in Kitas – und: dass auch tatsächlich alle Kinder daran teilhaben können. Wir wollen allen Kindern und Jugendlichen in Kitas und Schulen ausgewogene Mahlzeiten ermöglichen und dazu die Standards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung verbindlich machen.

Frage 5:

Qualität braucht Platz! Wieviel Raum braucht eine qualitativ gute Kita aus Ihrer Sicht?

Antwort:

Ausreichend große und kindgerecht gestaltete Innen- und Außenflächen sind ein zentrales Element guter Kita-Qualität. In der Frage, welche Flächen pro Kind angemessen sind, orientieren wir uns an den gemeinsamen Qualitätszielen von Bund und Ländern für die frühkindliche Bildung.

Frage 6:

Umso weniger Kinder eine Fachkraft betreuen muss, umso besser kann sie sich der individuellen Förderung der Kinder widmen. Wie sollte das angestrebte Fachkraft-Kind-Verhältnis aus Ihrer Sicht aussehen und mit welchen Maßnahmen wollen Sie dieses erreichen?

Antwort:

Gute Bildung für alle Kinder von Anfang an ist nur dann möglich, wenn ausreichend viele und gut ausgebildete Fachkräfte in den Kita-Gruppen eingesetzt sind. In der Frage, welche Fachkraft-Kind-Relation in den unterschiedlichen Altersgruppen angemessen ist, orientieren wir uns an den gemeinsamen Qualitätszielen von Bund und Ländern für die frühkindliche Bildung.

Frage 7:

Wie steht ihre Partei zum Fachkräftegebot in den Kindertagesstätten? Sollte der Bund die Länder darin unterstützen, Fachkräfte für die Einrichtungen zu gewinnen?

Antwort:

Mehr Qualität in Kitas geht nur mit zusätzlichen Fachkräften, die die Kinder in ihren Gruppen fördern und betreuen. Um diese zusätzlichen Fachkräfte zu gewinnen, muss der Erzieher/innenberuf aufgewertet und die Ausbildung verbessert werden. Das wollen wir auf Bundesebene mit einer Fachkräfteoffensive unterstützen.

Künftig soll aus der vollschulischen Ausbildung eine echte duale Ausbildung werden.

Dadurch machen wir sie nicht nur gebührenfrei, sondern schaffen zudem eine Ausbildungsvergütung. Ein Anreiz, der dazu führen wird, dass auch Männer diesen Beruf verstärkt ergreifen. Außerdem wollen wir die Kindertagespflege weiter professionalisieren und aufwerten.

Frage 8:

Kitaplätze sollten überall und für alle zur Verfügung stehen. Was wollen Sie tun, um allen den Zugang zu Kitas zu erleichtern?

Antwort:

Wir sorgen für ein bedarfsgerechtes und flächendeckendes Angebot an Krippen, Kitas, Kindertagespflege, Horten und Ganztagschulen. Die Zugangshürde Elternbeiträge bauen wir schrittweise ab. Alle Kinder sollen von Anfang an gleiche Chancen auf eine gute Bildung haben.

Frage 9:

Obwohl der Bund immer mehr Geld in den letzten Jahren für Kitas ausgibt und die Länder und Kommunen finanziell unterstützt, sind Elternbeiträge vor Ort oft gestiegen. Eltern sehen sich in vielen Orten einer Verdoppelung von Beiträgen ausgesetzt und/oder mit dem Wegfall des Geschwisterbonus konfrontiert. Wie beurteilen Sie diese Entwicklungen? Andere Kommunen und Länder haben begonnen einzelne Jahre oder einige Stunden am Tag beitragsfrei zu gestalten. Familien können nur wenige Kilometer auseinander wohnen, aber ihr Kitabeitrag unterscheidet sich um mehrere hundert Euro. Was muss getan werden, um diese Ungerechtigkeit zu beenden? Was kann der Bund in dieser Situation konkret unternehmen?

Antwort:

Wir werden Kita-Gebühren schrittweise abschaffen. Und wir wollen, dass der Bund auch dafür finanzielle Mittel zur Verfügung stellt.

Die derzeitige Situation ist aus unserer Sicht vor allem eines: ungerecht. Familien mit geringen Einkommen werden teilweise unverhältnismäßig stark durch die Elternbeiträge belastet. Und das mit erheblichen regionalen Unterschieden – je nach Bundesland, Kommune oder Träger. Wenn wir auf Bundesebene nichts tun und die Gebührenregelungen den Kommunen überlassen, wird das Gefälle immer noch größer: Kommunen, denen es gut geht, können sich Gebührenfreiheit leisten. Und die, denen es schlecht geht, können es nicht.